



## SchülerInnen fordern 1,5 Grad - Fahrplan

**Deutliche Worte im Stuttgarter Landtag. Im Rahmen einer Landespressekonferenz verkündete Fridays for Future am Mittwoch konkrete Forderungen an die baden-württembergische Landesregierung. Die Klimaschützer mahnen an, es gäbe bis heute keinen Plan wie die Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen eingehalten werden können.**

Stuttgart, 20.11.19 | Die Politik befinde sich seit Jahren im Dornröschenschlaf. Mit diesen Worten eröffneten die jungen KlimaaktivistInnen von Fridays For Future heute ihre Pressekonferenz im Stuttgarter Landtag. Der Weckruf folgte sogleich in Form von zehn konkreten Forderungen zum Klima- und Artenschutz an die Landesregierung. Die VertreterInnen der weltweiten Klimabewegung Fridays For Future machten klar: Wenn wir heute nichts für den Klimaschutz tun, werden die Kosten, die auf uns zukommen, weitaus höher sein, als wir es uns heute ausmalen können.

*“Die Politik hat fünf Jahre geschlafen und bis heute keinen Plan wie wir unsere Verpflichtungen aus dem Klimavertrag von Paris überhaupt einhalten können. Das ist ein Skandal”* macht die Schülerin Eva Städele ihrem Unmut Luft. *“Wir müssen die Erderhitzung auf 1,5 Grad begrenzen, sonst droht das Klima völlig außer Kontrolle zu geraten. Das erreicht man aber nicht ohne klare Ziele und Zwischenziele – und die müssen jetzt endlich definiert werden”*. Deutschland hat sich 2015 völkerrechtlich verpflichtet, seinen Teil zu tun um die Erderwärmung auf deutlich unter zwei, besser nur 1,5 Grad zu begrenzen. Zwischenzeitlich ist mit dem *„Sonderbericht 1,5°C globale Erwärmung“* des Weltklimarates IPCC klargeworden welche gravierenden Risiken jenseits einer Klimaerwärmung von 1,5 Grad drohen. Nur ein halbes Grad mehr könnte demnach eine Verdopplung von Extremwetterereignissen und das Auftauen von Permafrostböden auf einer Fläche so groß wie das Mittelmeer bedeuten. Um das zu verhindern fordern die Jugendlichen nun rasches Handeln. Kernpunkte der Forderungen sind ein schneller Kohleausstieg in Baden-Württemberg bis 2030, bereits fünf Jahre später müsse das ganze Bundesland Klimaneutralität erreichen. Dazu solle die Landesregierung ab sofort bei allen Ausschreibungen mit einem Schattenpreis von 180 € pro Tonne CO<sub>2</sub> rechnen. So würde nicht mehr zwingend der günstigste Anbieter zum Zug kommen, vielmehr wäre auch die Klimabilanz des Angebotes entscheidend. Auch müsse bei der öffentlichen Beschaffung auf kreislauffähige und schadstofffreie Produkte geachtet werden. Die Klimaschützer fordern zudem mehr Mut bei der Umsetzung der Energiewende und einen besseren ÖPV und Radverkehr. Alle Neubauten müssten aus klimapositiven Materialien, beispielsweise Holz, erstellt werden und aktiv zum Artenschutz beitragen. Dies könne durch eine entsprechende Gestaltung der Fassaden, begrünte Dächer und artenreiche Aussenanlagen geschehen. Hier muss sich, so Fridays for Future, auch die Landwirtschaft verändern. Durch das Wiederanlegen von Feldhecken könne eine lebendige Landschaft entstehen, wo immer möglich müsse die Landwirtschaft CO<sub>2</sub> aus der Luft als Kohlenstoff im Boden binden. Das Land solle die Landwirte dabei unterstützen. Es brauche aber auch einen achtsameren Umgang mit Lebensmitteln. Ein wöchentlicher "Meatday" in öffentlichen Mensen und Kantinen könne ein erster Schritt sein um insgesamt weniger klimaschädliche Lebensmittel zu konsumieren. Und auch die landeseigene Bank LBBW bekommt eine "Klimahausaufgabe". Sie soll innerhalb von zwei Jahren alle Investitionen in Kohle-, Öl- und Gasunternehmen sowie Rüstungsfirmen umschichten und die Gelder stattdessen gemeinwohlorientiert anlegen.

*“Seit einem Jahr frage ich mich täglich, was es bringt weiter zu studieren, wenn gerade die Zukunft der gesamten Menschheit verspielt wird”* sagt Japhet Breitholz, der die letzten Tage Briefe mit dem Forderungspapier an alle Landtagsabgeordnete verschickt hat. *“Jetzt liegt der Ball bei der Regierung Kretschmann, für uns ist klar: Wir streiken bis die Politik handelt”*. Noch heute geht für die Jugendlichen die Arbeit weiter. Denn bereits für den 29. November ist der nächste große Streiktag geplant, zu dem neben Fridays for Future zahlreiche Umweltgruppen aber auch Unternehmer- und Wohlfahrtsverbände aufrufen. Auch dort werden die Klimaschützer einen #NeustartKlima fordern.

---

### Achtung Redaktionen:

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung. 0152 – 0521 2691 / [baden-wuerttemberg@fridaysforfuture.de](mailto:baden-wuerttemberg@fridaysforfuture.de)